

Armee öffnet Seelsorge für Freikirchler

Die Armee hat nun auch evangelikale Seelsorger – weitere Geistliche anderer Konfessionen könnten folgen

SIMON HEHLI, LARISSA RHYN

Ihre Blicke treffen sich nicht, sie verlieren sich irgendwo dort, wo sie Gott vermuten. Eine kleine Gruppe gibt sich andächtig der Predigt eines Armeeseelsorgers hin. Die Soldatinnen und Soldaten flüchten aus dem Alltag zwischen Kaserne und Covid-19-Einsatz. Die Tonalität der Predigt ist ungewohnt. Ein Armeeangehöriger schildert seinen Eindruck später so: Der Sinn liege offenbar im Glauben, weniger im Wort.

Die Liturgie erinnert eher an eine Freikirche als an die Tradition der Reformation. Die Kerzen, die Gesten, die Lieder – alles dreht sich um Jesus, den Superstar. Der Gottesdienst steht für eine Tendenz, die sich sowohl in der Landeskirche wie auch in der Armee bemerkbar macht: Evangelikale erhalten mehr Einfluss. Deutlich wird dies durch den Umstand, dass sich seit letztem Jahr fünf freikirchliche Seelsorger um die spirituellen Bedürfnisse von Rekruten und Soldaten kümmern dürfen. Zwei stammen aus der Freien Evangelischen Gemeinde (FEG), einer aus dem Evangelischen Gemeinschaftswerk (EGW), einer von der Pfingstmission und einer von der Église Évangélique Apostolique.

Furcht vor Missionierung

Nicht alle sind glücklich über diese Premiere. Denn viele Freikirchliche wollen andere von ihrer Religion überzeugen. Sie sehen es als ihren Auftrag, dass Jesus gesagt haben soll: «Darum geht zu allen Völkern und macht alle Menschen zu meinen Jüngern.» Andreas Kyriacou, Präsident der Freidenkervereinigung, mahnt: «Die Gefahr der Missionierung ist wohl immer latent vorhanden.»

Kyriacou hält es grundsätzlich für problematisch, wenn sich ein gesprächsbereiter Soldat nicht an ein Gegenüber wenden kann, von dem er sich weltanschaulich abgeholt fühlt. Er nennt ein Beispiel aus einem anderen Kontext: Ein lutherisch geprägter Gefängnisseelsorger habe ihm erzählt, er bedauere die muslimischen Insassen. Denn deren Religion kenne das Vergeben von Sünden nicht. Eine schwierige Ausgangslage, zumal ein Seelsorger eine Vertrauensperson sein sollte, die nicht über die Person oder ihren Glauben urteilt.

Dass Hilfesuchende und Seelsorger in religiösen Belangen völlig unterschiedliche Ansichten haben, kann auch in der Armee passieren. Die Zeiten, in denen ein reformierter Rekrut automatisch zu einem reformierten Pfarrer kam und der katholische Rekrut zu einem katholischen Priester, sind vorbei.



Erleben Soldaten belastende Situationen, können sie sich an die Armeeseelsorge wenden.

ALESSANDRO CRINARI / TI-PRESS / KEYSTONE

Die Konfession steht nicht mehr im Vordergrund, die Seelsorger kümmern sich grundsätzlich um Angehörige aller Religionen und auch um Konfessionslose. Das gilt auch für die fünf neuen freikirchlichen Seelsorger. Dass das Quintett versuchen könnte, bei den Truppen zu missionieren, befürchtet der Chef der Armeeseelsorge, Stefan Junger, nicht. Die Freikirchen und ihr Dachverband haben eine Partnerschaftserklärung mit der Armee unterzeichnet, und die Kandidaten mussten sowohl ein Assessment wie auch den eigenen Lehrgang der Armeeseelsorge durchlaufen.

Die Armee habe die Gefahr der Missionierung offen und transparent angesprochen, betont Junger. «Unsere Haltung ist in diesem Punkt sehr klar, und die neuen Seelsorger haben schriftlich ihr Einverständnis zu unseren Prinzipien gegeben.» Darin heisst es, der Armeeseelsorger nehme den Angehörigen der Armee «in seiner Identität und Persönlichkeit vorurteilsfrei und vorbehaltlos an».

Die Armee stellt sich zunehmend die Frage der konfessionellen Diversität. Sie erhebt zwar keine Statistiken zur Religionszugehörigkeit ihrer Angehörigen, aber es ist klar, dass auch viele muslimi-

sche Secondos Dienst leisten. Deshalb äusserte Stefan Junger bereits vor einigen Jahren im Gespräch mit der NZZ den Wunsch, die Armeeseelsorge auch für Imame und jüdische Geistliche zu öffnen. Umgesetzt worden ist das bisher nicht.

Die Armee führe derzeit ergebnisoffene Gespräche mit muslimischen wie auch mit jüdischen Verbänden, sagt Junger – «und mit weiteren in Zukunft ebenso, entsprechend den uns zur Verfügung stehenden Kräften». Die Armee habe die Grundlagen geschaffen, doch das Tempo würden die Verbände selber bestimmen. Bei der Föderation islamischer Dachorganisationen der Schweiz heisst es, dass durchaus Interesse an einer Kooperation bestehe. Nach einem baldigen Durchbruch klingt es aber nicht gerade, wenn der Sprecher Önder Günes festhält: «Der gegenwärtige Stand wird nicht als negativ beurteilt, sondern als wichtige Basis für die zukünftige Zusammenarbeit mit der Schweizer Armee.»

Einen Schritt weiter ist man beim Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG). Der Präsident Ralph Lewin bestätigt, dass der SIG beschlossen hat, mit der Armeeseelsorge eine Partnerschaft einzugehen. Sie soll auch den Ausbildungsteil des Armeekaders um-

fassen. Der SIG macht sich Gedanken, welche Personen als Armeeseelsorger infrage kämen. «Das ist nicht ganz trivial, wir können ja nicht aus einem Pool mit Hunderten von Kandidaten schöpfen», sagt Lewin. In der Schweiz leben rund 18 000 Jüdinnen und Juden, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht rund einem Zwanzigstel des Anteils der Muslime. Laut Lewin könnte die jüdische Gemeinschaft allenfalls auf Personen setzen, die keine ausgebildeten Rabbiner sind. «Die Armee zeigt sich sehr offen.»

Was ist mit Konfessionslosen?

Bereits fast 30 Prozent der 15- bis 24-jährigen Schweizerinnen und Schweizer sind laut dem Bundesamt für Statistik nicht mehr Mitglied einer Religionsgemeinschaft. Entsprechend dürften die Konfessionslosen in der Armee eine grosse Gruppe stellen. Der Freidenker-Präsident Kyriacou sagt: «Angesichts der Religionsferne der Mehrheit der jungen Bevölkerung ist es unerlässlich, dass Personen, die eine weltlich-humanistische Position vertreten, zum Pool der Armeeseelsorger gehören.» Auch die Freidenker wollen deshalb das Gespräch mit der Armee suchen.

LGBT-Aktivistinnen statt «Le Temps» einen Besuch ab

Ein satirisches Video der Zeitung sorgte für hitzige Debatten

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Am Freitagnachmittag klopfte es bei der Westschweizer Tageszeitung «Le Temps» an der Türe. Als ein Wirtschaftsredaktor öffnete – der eigentliche Empfang der Redaktion liegt zwei Stockwerke höher –, traute er seinen Augen kaum: Zwanzig bis dreissig Personen standen auf engstem Raum und forderten, mit einem Kadermitglied sprechen zu dürfen.

Was war geschehen? Vier Tage zuvor hatte «Le Temps» ein knapp fünfminütiges Video der in der Romandie bekannten Komikerin Claude-Inga Barbey veröffentlicht. Es ist Teil einer wöchentlich ausgestrahlten Serie, bei der Barbey eine neurotische Psychologin mimt, die eine «Person der Aktualität» empfängt.

In jenem Video sass Jocelyne, die sich als «genderqueer» definiert, auf der Couch. Thema der Sprechstunde: die geschlechtergerechte Sprache und deren Auswirkungen auf den Alltag der Patientin. Die «Psychologin» mokierte sich darüber, dass sie nicht mehr wisse, wie sie Jocelyne eigentlich nennen solle – und empfahl ihr, als sie weder auf die Männer- noch auf die Frauentoilette gehen wollte, das Katzenklo aufzusuchen.

Video bleibt auf der Website

Über die künstlerische Qualität des satirischen Beitrags lässt sich streiten. Die LGBTQIA-Community – der Sammelbegriff steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen – fand es jedenfalls kein bisschen lustig. Kurz nach der Veröffentlichung des Videos entfachte sich in den sozialen Netzwerken eine hitzige Debatte über die Legitimität des Beitrags. Die Personen, die das Video als diskriminierend erachteten, gaben den Ton an. Gemässigte Stimmen ermahnten, dass es keine Zensur geben dürfe, solange das Gesetz eingehalten werde.

Doch dabei blieb es nicht. Die erwähnte LGBTQIA-Gruppe wollte nicht nur die Chefredaktion sprechen, sondern auch einen offenen Brief veröffentlicht haben. «Le Temps» kam der Forderung nach. Darin heisst es unter anderem, dass das Video eine «extreme Gewaltausübung» gegenüber transgener und nichtbinären Personen sei, die ohnehin tagtäglich Diskriminierungen ausgesetzt seien. Alle Identitäten hätten ihre Berechtigung und dürften nicht lächerlich gemacht werden. Kurz: Das Video sei demütigend, ignorant, ja entmenslichend.

«Ich bin nur ein Clown»

Madeleine von Holzen, die Chefredaktorin von «Le Temps», die sich rund eine halbe Stunde mit den unerwarteten und friedfertigen Besuchern austauschte, will sich nicht zum Inhalt des Videos äussern. Jede Betrachterin und jeder Betrachter solle sich ein eigenes Urteil bilden. Keinesfalls habe man die LGBTQIA-Community verletzen wollen.

Die Forderung der Aktivistinnen, das Video vom Netz zu nehmen, werde man nicht erfüllen, sagt sie. Es gelte die künstlerische Freiheit. Dass man den offenen Brief veröffentlicht habe, sei kein Kniefall und hänge auch nicht damit zusammen, dass die Gruppe persönlich bei der Redaktion aufgekruzt sei. «Wir verstehen die Publikation als Beitrag zu einer wichtigen gesellschaftlichen Diskussion, die geführt werden soll», so von Holzen.

Claude-Inga Barbey, die Komikerin, sah sich ebenfalls gezwungen, auf die Polemik zu reagieren. Ihrem neuesten Video fügte sie eine kurze Erklärung bei: Sie sei schlicht ein Clown und porträtiere in dieser Rolle Personen, wie sie sie im Alltag antreffe – nämlich freundliche, bössartige, rassistische, schöne und hässliche Menschen. «Genau deswegen bezahlt man Künstler. Damit diese all die schlimmen Sachen erleben, während man gemütlich zu Hause sitzt», schliesst sie.

SVP will Parlamentariern Löhne kürzen

National- und Ständeräte sollen als Zeichen der Solidarität auf 5200 Franken pro Jahr verzichten

CHRISTOF FORSTER, BERN

Das D-Wort erwähnte SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi am Dienstag vor den Medien nicht. Nachdem Parteivertreter in den vergangenen Wochen den Diktaturvorwurf auf diversen Kanälen gespielt hatten, verzichtete der Zuger Nationalrat jetzt auf eine erneute Provokation. Der Rundumschlag mit dieser Keule war auch parteiintern auf Widerstand gestossen. Am Dienstag stand «die grügestrichene Mitte-links-Mehrheit» im Fokus, welche die Schweiz angeblich in den politischen und finanzielle Ruin treibt.

Zweiter Anlauf für Lohnverzicht

Kurzfristig fordert die SVP von den nationalen Parlamentariern einen Corona-Solidaritätsbeitrag. Die Pandemie trifft die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Bundeshaushalt stark. Deshalb sollen die Politikerinnen und Politiker im Bundeshaus einen Obolus leisten. Die SVP-Fraktion fordert in

einem Vorstoss, das Jahreseinkommen für die Vorbereitung des Ratsbetriebs von 26 000 Franken um 20 Prozent zu senken. Das wäre ein Verzicht von jährlich 5200 Franken. Mit den Sitzungsgeldern sowie Entschädigungen für Personal- und Sachausgaben kommen die Parlamentarier auf Jahreseinkommen von 130 000 bis 150 000 Franken.

Die Idee eines Lohnverzichts ist nicht neu. Bereits in der Sondersession im Mai 2020 forderte der SVP-Nationalrat Lukas Reimann von den Parlamentariern einen Solidaritätsbeitrag. Er wollte das Taggeld während der Corona-Session halbieren. Der Lohn der Nationalräte wäre um 660 Franken gekürzt worden. Das Anliegen scheiterte hochkant. Nicht einmal in der SVP waren alle damit einverstanden. Man kritisierte den Antrag als Show, weil er von Anfang an keine Chance gehabt habe. Die SP sprach von einer populistischen Aktion. Statt die wirklichen Probleme zu lösen, greife man lieber die Institutionen an.

Während der Frühlingssession hatten auch die Jungfreisinnigen Bundesrat

und Parlament zu einem Lohnverzicht um 20 Prozent aufgerufen. Die Gelder sollten in die Arbeitslosenversicherung fließen. Die Jungfreisinnigen verstehen den Verzicht als Strafe. Die Schweiz mache eine schlechte Figur in der Krisenbewältigung. Dies habe jedoch keine Konsequenzen für die politischen Verantwortungsträger.

Die Longseller der SVP

Den Weg aus der Krise zeigt die SVP mit einem 10-Punkte-Plan, die auch Longseller der Partei wieder auf den Tisch bringt. Der grüne Grössenwahn und die verantwortungslose Corona-Politik des Bundesrats seien Gift für das Land, sagte Aeschi. Sie vernichteten Steuergelder, zerstörten die Volkswirtschaft und beschnitten die Rechte der Bürger.

Ungeachtet der steigenden Corona-Fallzahlen fordert Aeschi die sofortige Öffnung von Restaurants, Fitnesszentren und allen anderen geschlossenen Betrieben. Der Bundesrat solle

die «besondere Lage» laut Epidemien-gesetz aufheben. Nicht nur die SVP kritisiert, dass die Kantone bei Corona-Entscheidungen zwar angehört, aber häufig auch übergangen wurden.

Ein fixer Punkt im Programm ist das Rahmenabkommen mit der EU. Dieses sei sofort zu stoppen, denn es führe zu einem schleichenden EU-Beitritt. Die Verpflichtung zur dynamischen Rechtsübernahme und die EU-Gerichtbarkeit verletzen die Grundwerte des Landes. Es gefährde die Wohlfahrt der Schweiz.

In der Klimapolitik will die SVP nicht nur das CO₂-Gesetz bekämpfen, sondern auch die Klimapläne von SP und Grünen. Die Rede ist von einem Klima-Marshallplan oder Lenkungsabgaben auf Treibstoffen. Deren Chancen auf Umsetzung stehen aber ohnehin schlecht. Ein weiterer Schwerpunkt im 10-Punkte-Programm ist die Ausländer- und Asylpolitik. Der SVP-Nationalrat Andreas Glarner kündigte einen Vorstoss zum Flüchtlingsstatus an. Dieser sei veraltet und müsse neu definiert werden.